Jan Schulze-Husmann / Peter Trinogga /
Aktivenkreis Bundesanzeiger (Hrsg.)

# Streik doch einfach mit!

## 138 Tage Arbeitskampf beim DuMont-Konzern

VSA:

WIDERSTÄNDIG

Jan Schulze-Husmann / Peter Trinogga/
Aktivenkreis Bundesanzeiger (Hrsg.)
Streik doch einfach mit!

Die Redaktion des Bandes bestand aus Jan Schulze-Husmann, Peter Trinogga und dem Aktivenkreis Bundesanzeiger. Redaktionsschluss der Beiträge war der 15. September 2025.

*Jörg Detjen* ist Mitglied im Rat der Stadt Köln für die Partei Die Linke.

*Yannick Hengstler* ist Jurist im ver.di Landesbezirk NRW.

*Dr. Witich Roßmann* ist Vorsitzender des DGB Köln.

*Dr. Ulrich Schneider* war viele Jahre Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA).

*Jan Schulze-Husmann* ist gelernter Buchhändler und arbeitet als Gewerkschaftssekretär in der ver.di Bundesverwaltung in Berlin im Bereich Druck, Verlage, Papier und Industrie.

*Lena Teschlade* ist seit 2022 Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen für die SPD.

*Peter Trinogga* ist gelernter Buchhändler und war lange Jahre Betriebsratsvorsitzender beim Bundesanzeiger Verlag in Köln.

Jan Schulze-Husmann / Peter Trinogga /
Aktivenkreis Bundesanzeiger (Hrsg.)

# Streik doch einfach mit!

## 138 Tage Arbeitskampf beim DuMont-Konzern

WIDERSTÄNDIG
Herausgegeben von Jan Schulze-Husmann,
Benedikt Hopmann und Dr. Ulrich Schneider

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

**Für unseren Kollegen Jürgen**
**(1961–2024)**

© VSA: Verlag 2025, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Sämtliche Fotos in dem Buch und auch auf dem Umschlag stammen von Mitgliedern des Aktivenkreis Bundesanzeiger.
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-246-2

# Inhalt

Wenn rechte Familientradition auf Gewerkschaftsfeindschaft trifft . . . . . 7
Vorwort der Redaktion . . . . . 11
Ein persönlicher Rückblick . . . . . 12

**Der Bundesanzeiger – eine stille Größe**

Was ist eigentlich der Bundesanzeiger . . . . . 16
»Mit eurer Arbeit leistet ihr einen wichtigen Beitrag für eine demokratische und transparente Gesellschaft« . . . . . 21
M. DuMont Schauberg – Stichworte zur Kölner Presselandschaft . . . . . 23

**Wofür wir beim Bundesanzeiger kämpfen**

Die Ausgangssituation, jahrelange Verschlechterung der Arbeitsbedingungen . . . . . 26
Wie Leiharbeit beim Bundesanzeiger funktioniert . . . . . 31
Gespräch mit einer Kollegin . . . . . 33
Am Anfang – 20 sind zu wenig . . . . . 35
Stammtische, Workshops und Bildungsurlaube . . . . . 37
Die ersten 100 sind geschafft! . . . . . 39

**Der Aufbruch**

Werbeoffensive – kein Geheimprojekt mehr . . . . . 41
Die kritische Masse – die verbindliche Kampagne . . . . . 42
Genug der Forderungen – jetzt gehts los! . . . . . 44
Ich war dabei! Jetzt gings los – endlich! . . . . . 47
Die Totalverweigerung . . . . . 49
So, jetzt wird also gestreikt! . . . . . 50

**Enttäuschung, Hoffnung, Solidarität**

Die Geschäftsführung verpokert sich . . . . . 56
Aus Erfahrungen lernen! . . . . . 61
Wir wachsen zusammen . . . . . 64
Meine Haltung als Leiharbeiter zum Streik . . . . . 65

Wenn Kreativität allein nicht reicht –
Ein Streik zwischen Entschlossenheit und Realität . . . . . 69
Hinter den Forderungen und
dennoch nicht dabei. Warum? . . . . . .75
Ein Blick, von innen und außen (Köln, 2025 a.d.) . . . . . 76

**Die Propaganda- und andere Strategien des Unternehmens**

Framing und der »Feind im Inneren . . . . . 78
Mit schmutzigen Mitteln gegen jede Tarifbindung . . . . . 82
Alles eine Frage der Methode? . . . . . 85
Wie man Gewerkschafter kriminalisiert und bei
den »Unentschlossenen« Verunsicherung verbreitet . . . . 89
Das Gute siegt halt nicht immer . . . . . 92
Und dann fehlt dir auch noch Geld . . . . . 95
Die Trillerpfeifen-Attacke! – Kündigung mit Absicht . . . . . 98
Als David den Goliaths dieser Welt entgegentreten . . . . . 104

**Rückenwind aus Stadt und Land**

Die Politik und der Streik . . . . . 108
Wenn die alten Vereinbarungen nicht mehr gelten . . . . . 116

**Streikbruch mit armen Menschen**

Die Leiharbeit und der Streik . . . . . 122
Juristische Anmerkungen zur arbeitskampfrechtlichen
Situation und zu einem wichtigen Urteil . . . . . 130

**Erkenntnisse, eine Zwischenbilanz, graue Haare, offene Fragen, Lehren**

Eine bittere Erkenntnis . . . . . 140
Warum der Arbeitskampf beim Bundesanzeiger
bislang erfolglos blieb – eine Zwischenbilanz . . . . . 144
Auch ein Streikergebnis: Das erste graue Haar . . . . . 152
Offene Fragen . . . . . 155
Politische und organisatorischen Lehren . . . . . 157
Beeindruckt auf zweierlei Weise . . . . . 158
Der Blick nach vorn: Aufgeben? Nicht mit uns! . . . . . 160
Helden der Demokratie . . . . . 162

# Wenn rechte Familientradition auf Gewerkschaftsfeindschaft trifft

Warum fällt einem bei dieser scheinbar tarifrechtlichen Auseinandersetzung beim Bundesanzeiger immer wieder die Unternehmensgeschichte des beteiligten Akteurs ein? Liegt es vielleicht daran, dass der alte Geist des autoritären Familienbetriebs Neven DuMont immer noch die Mentalität der Führungsetage des Unternehmens prägt?

Mit der Privatisierung des Bundesanzeigers im Jahre 2006 kam die Verlegerfamilie Neven DuMont zum Zuge, die bereits Erfahrungen damit hatte, wie man von den jeweiligen politischen Umständen profitieren kann.

In der Selbstdarstellung des Unternehmens wird angedeutet, der Patriarch Kurt Neven DuMont sei in der Weimarer Zeit »liberal« gewesen. Er hatte jedoch keine Probleme damit, sich dem neuen faschistischen Regime sehr schnell anzupassen. Der Hausgeschichtsschreiber Manfred Pohl, von der Familie Neven DuMont beauftragt, behauptet, man habe ab 1933 einen »Kampf um die Zeitung« geführt und sich mit Gleichschaltung und NS-Schriftleitergesetz arrangieren müssen. Er vergisst nur, dass der Verlag schon Ende der Weimarer Zeit auf NSDAP-Linie war. So druckte die *Kölnische Illustrierte Zeitung* in der Neujahrsausgabe vom 1. Januar 1933 einen euphorischen Artikel über die faschistische Jugenderziehung in Italien und die »Kölnische Zeitung« titelte am gleichen Tag: »Auf Hitler kommt es an!«

In den Jahren 1937 bis 1945 habe Kurt Neven DuMont angeblich »resigniert«, so umschreibt Pohl, dass dieser 1937 Mitglied der NSDAP wurde. Natürlich sollen drei lukrative Grundstücksgeschäfte, die die Familie 1938 bis 1941 aus Arisierungsvermögen tätigen konnte, nichts mit dieser Mitgliedschaft zu tun gehabt haben. Auch habe das sicherlich keinen Einfluss darauf gehabt, dass der Verlag, als 1941 die katholische *Kölnische Volkszeitung* verboten wurde, deren Abonnentenstamm für das eigene Blatt übernehmen konnte. Während der Herausgeber der *Kölnischen Volks-*

*zeitung* ins KZ Sachsenhausen verschleppt wurde, erhöhte Kurt Neven DuMont in den Jahren 1941/42 seinen Beitrag zur Adolf-Hitler-Spende der Deutschen Wirtschaft deutlich. Zudem wurde die *Kölnische Zeitung* von der Propagandaabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) bezogen und an deutsche Frontsoldaten versandt. Im Sommer 1944 erhielt Neven DuMont vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern für besondere Verdienste. Wie wichtig dieser Betrieb zur Aufrechterhaltung der Kriegsbegeisterung war, zeigt, dass zur Beseitigung von Kriegsschäden auf dem Verlagsgelände Zwangsarbeiter zum Einsatz gekommen sein sollen. Noch 1947 mahnte die Stadt Köln die Zahlung rückständiger Löhne für solche Arbeitseinsätze an.

Die politische Einbindung dieses Verlagshauses in den NS-Propagandaapparat war so offenkundig, dass Neven DuMont nach der Befreiung von den Alliierten keine Lizenz für eine neue Zeitung bekam. Erst nach dem Wegfall des Lizenzzwanges von Tageszeitungen mit Gründung der Bundesrepublik konnte Neven DuMont am 29. Oktober 1949 die erste Ausgabe des *Kölner Stadt-Anzeigers* nach dem Zweiten Weltkrieg herausgeben. Doch der »Kölsche Klüngel« vergaß diesen Verleger nicht. Schon bald wurde das Haus Neven DuMont eines der wichtigsten rheinischen Verlagsunternehmen, das ab 1960 von dem Sohn Alfred gemeinsam mit zwei weiteren Familienmitgliedern geführt wurde. Um zu zeigen, in welcher Tradition man sich sieht, führt der *Kölner Stadt-Anzeiger* seit 1962 den Untertitel »Kölnische Zeitung«.

Was hat dieser historische Rückblick mit den hier geschilderten Arbeitskämpfen zu tun? Offenbar ist in dem heutigen Unternehmerverhalten immer noch der Geist des »Gesetzes zur Ordnung der Nationalen Arbeit« vom Januar 1934 lebendig. Der Unternehmer ist der »Betriebsführer« und die Beschäftigten sind die »Gefolgschaft«. Dabei hat der Unternehmer zwar eine gewisse Fürsorgepflicht für das »Wohlergehen« der Gefolgschaft, aber es ist allein seine Entscheidung, ob und wie er diese Fürsorge umsetzt.

Gegen solche unternehmerische Selbstherrlichkeit hatten noch Anfang 1950, als die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen verabschiedet wurde, die Arbeiterparteien grundsätzliche Alter-

nativen durchgesetzt, die bis heute nicht verwirklicht sind. Zu nennen wäre da sicherlich der Artikel 24, in dem ein »Recht auf Arbeit« als Verfassungsrecht festgeschrieben ist. Für Auseinandersetzungen wie beim Bundesanzeiger müsste insbesondere der Artikel 26 der Landesverfassung gelten, in dem es heißt: »Entsprechend der gemeinsamen Verantwortung und Leistung der Unternehmer und Arbeitnehmer für die Wirtschaft wird das Recht der Arbeitnehmer auf gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung anerkannt und gewährleistet.«

Auch dieser Artikel war als Konsequenz aus dem faschistischen Führerstaat für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn zu verstehen. Wenn heute Unternehmen und ihre Repräsentanten glauben, zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen und zur Einschüchterung der Beschäftigten von diesen demokratischen Prinzipien abweichen zu können, dann ist es auch Aufgabe antifaschistischer Kräfte und Organisationen – gemeinsam mit den Gewerkschaften –, neben den tarifrechtlichen und gewerkschaftlichen Argumenten solche verfassungsrechtlichen Grundprinzipien aus der Überwindung der NS-Herrschaft zu verteidigen.

Und so hat diese Auseinandersetzung beim Bundesanzeiger, auch wenn sie nicht mit einem Erfolg der Beschäftigten endete, doch im Sinne aller abhängig Beschäftigten eine wichtige Bedeutung. Zeigt sie doch, dass es hier nicht nur um einen individuellen »Herr im Hause«-Standpunkt geht, sondern um die Grundlage der Gesellschaft, wie sie in der Verfassung niedergeschrieben ist und um deren Verwirklichung weiterhin gerungen werden muss.

*Dr. Ulrich Schneider*
*langjähriger Bundessprecher der*
*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –*
*Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)*

# Vorwort der Redaktion

Dieses Buch will mehr sein als »Streikfolklore«. Wir versuchen eine Analyse der Vorgänge und richten dabei den Fokus auf besondere Aspekte dieser Auseinandersetzung. Wir lassen aber auch Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen, damit sie die Ereignisse mit ihren eignen Worten wiedergeben. Nicht zuletzt deshalb mag es hier und da auffallen, dass an diesem Buch mehr als ein Autor geschrieben hat.

Fast alle der Kolleginnen und Kollegen sprachen sich jedoch dafür aus, dass man ihre Identität nicht offen preisgibt. Das bedeutet nicht, dass sie nicht zu ihren hier niedergelegten Aussagen stehen würden. Es liegt vielmehr daran, dass der Bundesanzeiger, insbesondere wegen des toxischen Führungsstils seines Geschäftsführers Dr. Matthias Schulenberg, bis heute[1] Repressions- und Hetzkampagnen gegenüber ehemaligen Streikenden und dem Betriebsrat führt. Mit Aussagen in der Art »wer den Bundesanzeiger Scheiße findet, der braucht hier nicht zu arbeiten« macht der Geschäftsführer selbst auf der letzten Betriebsversammlung im Juli 2025, also Monate nach dem letzten Streiktag, immer noch Stimmung gegen die aktiven Gewerkschaftsmitglieder.

Mehr als 80% der Kolleginnen und Kollegen, die sich als sachgrundlos befristet Beschäftigte an den Streiks beteiligt haben, wurden in der Zwischenzeit mit dem Ablauf ihrer Verträge kalt lächelnd aus den Unternehmen entfernt und anschließend wieder durch neue unauffällige Leiharbeitnehmer ersetzt. – Auch diesen Kolleginnen und Kollegen wollen wir hier nochmal für ihren engagierten Einsatz danken und dafür, dass sie trotz der Erwartung dieser Reaktion, bis zuletzt an unserer Seite standen.

Wir beleuchten und beurteilen in diesem Buch die Vorgänge rund um den Streik im Bundesanzeiger 2024 aus Sicht der Streikenden und so wie sie die Handlungen des Unternehmens verstanden haben. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil uns das Unternehmen einen Austausch bis heute verweigert.

---

[1] Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses.

# Ein persönlicher Rückblick

**von Jan Schulze-Husmann**

Wenn in der Vergangenheit von Streiks in der Druck- und Medienbranche in Köln die Rede war, dachte man in der Regel an Arbeitskämpfe im Bereich der Druckindustrie. So gab es mit der Bauer Druck KG und der Zeitungsdruckerei des DuMont-Konzerns zwei traditionsreiche Streikbetriebe, die sich in jeder Tarifauseinandersetzung an Streiks für mehr Lohn oder den Erhalt des Manteltarifvertrags beteiligten. Mitglied in der Gewerkschaft zu sein und für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu streiken, war dort für die Mehrzahl der Beschäftigten selbstverständlich. Beide Betriebe existieren mittlerweile nicht mehr. Die Schilderung der Umstände der Schließungen würde hier den Rahmen sprengen. Sie stehen jedoch stellvertretend für eine Konzernpolitik, in der nur der Profit zählt und die Rechte von Beschäftigen nichts gelten.

Womit wir beim Streik der Kolleginnen und Kollegen des Bundesanzeiger Verlags wären. Bekanntermaßen gehört dieser zum DuMont-Konzern. Der Konzern hatte vier Monate vor Streikbeginn die zu DuMont gehörende Zeitungsdruckerei unter Verletzung der gesetzlichen Mitbestimmungsregelungen geschlossen und die Beschäftigten auf die Straße gesetzt. Bei den zahlreichen Protestaktionen gegen die Druckereischließung war es für viele Kolleginnen und Kollegen des Bundesanzeiger Verlags selbstverständlich, sich zu beteiligen. Zugleich bekamen sie auch einen ersten Vorgeschmack darauf, mit wem sie es im bevorstehenden Streik zu tun bekommen würden. Auf vergleichbare Erfahrungen in der Verlagsbranche konnte man nicht zurückgreifen, da es weder im Bundesanzeiger Verlag noch in anderen Fachverlagen eine ähnliche Streikbewegung in der jüngsten Vergangenheit gegeben hatte. Somit stellte der Streik in vielerlei Hinsicht eine Premiere da. Nicht zu vergessen ist auch, dass sich bis auf den WDR die Kölner Medienlandschaft weitgehend im Besitz des DuMont-Konzerns befindet. Hierauf wird an anderer Stelle des Buches näher eingegangen. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich, trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen, auf den Weg

gemacht und den DuMont-Konzern herausgefordert. Allein dafür gebührt ihnen Respekt und Anerkennung. Sie haben mit vielen kleinen und großen Aktionen dem Konzern Nadelstiche versetzt und sich nicht von der Arroganz der Macht einschüchtern lassen. Sie haben dafür gesorgt, dass das Verhalten des DuMont-Konzerns öffentlich bekannt wurde und das weit über die Kölner Region hinaus. Auch wenn der Streik sein Ziel vorerst nicht erreicht hat, so war er nicht umsonst. Er hat deutlich gemacht, dass es auch gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner möglich ist, sich zu wehren. Er hat gezeigt, dass sich sehr unterschiedliche Menschen zusammenschließen und solidarisch zueinander verhalten können. Vereint im Ziel gegen Ungerechtigkeit vorzugehen, um etwas zusammen zu erreichen. Gerade in Zeiten eines zunehmenden gesellschaftlichen Rechtsrucks und der Ausgrenzung vieler Menschen ist Solidarität wichtiger denn je. Sie ist der Dreh- und Angelpunkt gewerkschaftlicher Arbeit. Ich bin dankbar, dass ich zusammen mit anderen ver.di Hauptamtlichen die Streikenden ein Stück in ihrem Kampf begleiten konnte. Wir haben gemeinsam begonnen, wir haben den Streik gemeinsam beendet. Gemachte Fehler sollten aufgearbeitet werden, um es zukünftig besser zu machen.

Nun gilt es nach vorne zu schauen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Verantwortlichen im DuMont-Konzern auch in Zukunft keine Ruhe finden.

# Der Bundesanzeiger – eine stille Größe

Große Streikversammlung am 10. Juli 2024 vor dem Konzernsitz von Neven DuMont nach über 50 Streiktagen.

ROTE KARTE
FÜR DIE
Bundesanzeiger
Verlag
ver.di